

► FORTSETZUNG VON SEITE 15

## Euro vor Schiffbruch?

der EU von Anfang an das ungeschriebene Gesetz: Frankreich hat das Primat in der Politik, Deutschland gibt den Ton in der Wirtschaft an. Doch in den Achtzigerjahren wurde die deutsche Wirtschaftsmacht den Franzosen langsam unheimlich.

Der Fall der Berliner Mauer war für sie ein Glücksfall. Die deutsche Wiedervereinigung stellte «für Frankreich die einmalige Gelegenheit dar, ein jahrzehntelanges Ziel zu erreichen: das Schleifen der deutschen Währungsfestung», stellt Daniel Eckert in seinem Buch «Weltkrieg der Währungen» fest. François Mitterrand machte dem deutschen Kanzler Helmut Kohl klar, dass sein Ja zur Wiedervereinigung einen Preis habe: die D-Mark musste geopfert werden und dem Euro weichen. Der überzeugte Europäer Kohl war bereit, diesen Preis zu bezahlen.

### Sarkozy will eine politische Föderation

Heute trübt sich das Verhältnis zwischen Berlin und Paris wieder. Angela Merkel und Nicolas Sarkozy mögen sich offensichtlich nicht, doch ihre Animosität hat mehr als nur persönliche Gründe. Die alten deutsch-französischen Gegensätze brechen wieder auf. Sarkozy möchte die Krise dazu nutzen, die reine Währungsunion schrittweise zu einer politischen Föderation auszubauen. Er spricht bereits von einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung.

Davon will die deutsche Kanzlerin nichts wissen. Die Vorstellung, bald auch für die Sünden der

Defizitländer geradestehen zu müssen, ist für sie ein Albtraum. Merkel weiss nur zu gut, dass der Begriff «Transferunion» ein anderes Wort für «politischer Selbstmord» ist. Jahrzehntlang haben die Deutschen für den Aufbau Ost bezahlt. Von ihnen jetzt auch noch einen «Griechen- oder «Iren»-Solidaritätsbeitrag zu verlangen, ist unmöglich. Gestern bekräftigte Aussenminister Westerwelle, Europa dürfe nicht «zu einer

Transfer- und Haftungsunion werden». Die Kanzlerin befindet sich deshalb auf einer Art «mis-

sion impossible». Im Interesse der deutschen Exportwirtschaft darf Euroland nicht untergehen, gleichzeitig muss wegen der Empfindlichkeit der Wähler auf jeden Fall verhindert werden, dass auch nur der Verdacht entsteht, Euroland könnte in eine Transferunion umgebaut werden.

Fallstricke lauern überall, und Angela Merkel ist bereits mehrmals gestolpert. Im Fall Griechenland hat sie zu lange gezögert und damit die Krise verschärft. Im Fall Irland hat sie zum dümmsten Zeitpunkt und gegen die Warnung von Jean-Claude Trichet, dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, die privaten Investoren mit unbedachten Dro-

hungen aufgeschreckt. In der Rolle des Zuchtmeisters stösst Deutschland vermehrt alte Verbündete vor den Kopf. Das Vorgehen Merkels wird von ihren Amtskollegen in der EU als selbstherrlich und arrogant beurteilt. Vor allem die Tatsache, dass sie im Fall Irland das Vorgehen bei einem Treffen mit Sarkozy in Deauville de facto unter vier Augen ausgehandelt hat, ist in Brüssel sehr schlecht aufgenommen worden – zumal es ein offenes Geheimnis ist, dass damit nicht nur Irland, sondern auch den deutschen Banken geholfen wird. Der schwedische Premier Fredrik Reinfeldt maulte öffentlich: «Um ein deutsches Problem zu lösen, sollten wir nicht Probleme für andere schaffen.»

Die Angst der Deutschen vor einer Transferunion wird auf dem Buckel der irischen Bürger getragen. Irlands Premier Brian Cowen hat dem Parlament letzte Woche ein drastisches Sparpaket vorgelegt: Die Mehrwertsteuer wird auf 23 Prozent erhöht, die Mindestlöhne und die Sozialleistungen werden gekürzt (*siehe Box*). Ob diese extreme Form der Gürtel-enger-schnallen-Politik zum Erfolg führt, ist zweifelhaft. «Im schlimmsten Fall wird sie eine Serie von Depressionen auslösen und zum Staatsbankrott anderer Länder führen», warnt der Chefökonom der «Financial Times» Martin Wolf.

Tatsächlich sind die Märkte bisher alles andere als überzeugt, dass die Rettungsaktion gelingt. Die Zinsen für zehnjährige Staatsanleihen der üblichen Verdächtigen (z. B. Spanien, Portugal) sind auch vergangene Woche wieder angestiegen. Bereits machen Gerüchte die Runde, der 750-Milliarden-Euro-Rettungsfonds müsse aufgestockt werden, um ein serienweises Umkippen der Defizitsünder zu verhindern. Doch selbst in dieser Frage sind sich Paris und Berlin nicht einig.

Befindet sich auf einer «mission impossible»: Angela Merkel  
FOTO: KEYSTONE



## Droht Griechenland der Ausschluss?

Die Zukunft der europäischen Währungsunion ist so unsicher wie noch nie. Drei Szenarien

### 1. Szenario: Alles wird gut

**Das Szenario:** Die Defizitsünder wie Griechenland, Irland oder Portugal ziehen ihren rigorosen Sparkurs durch und können die versprochenen Sparziele erreichen. Es gibt weder soziale Unruhen noch Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Der Sparkurs wird von Reformen begleitet, welche die Produktivität der Wirtschaft steigern. Ab 2013 beginnt das Bruttoinlandsprodukt wieder zu wachsen.

#### Was spricht dafür?

► Die Regierungen der betroffenen Länder haben sich auf diesen Kurs verpflichtet. Griechenland etwa will sein Haushaltsdefizit 2012 auf unter drei Prozent des BIP drücken. Auch Irland, Portugal und Spanien haben drakonische Sparmassnahmen angekündigt.

► Der politische Wille, den Euro zu erhalten, ist nach wie vor sehr stark. Weder die Defizitsünder noch Frankreich oder Deutschland wollen, dass die Einheitswährung zerbricht.

#### Was spricht dagegen?

► Die Bevölkerung beginnt zu murren. In Griechenland, Spanien, Portugal und gestern in Irland kam es zu Demonstrationen und Streiks gegen die Sparmassnahmen. In Irland musste die Regierung Neuwahlen versprechen.

► Die Defizitstaaten stehen vor einem unlösbaren Dilemma: Sparen sie zu stark, würden sie den Aufschwung ab. Griechenland steckt bereits in einer Rezession. Sparen sie zu wenig, wächst der Schuldenberg weiter.

### 2. Szenario: Transferunion und Wirtschaftsregierung

**Das Szenario:** Die Währungsunion entwickelt sich in Richtung eines europäischen Bundesstaates. Wie unter den Schweizer Kantonen wird ein Finanzausgleich geschaffen, der Spannungen dämpft. Eine neu geschaffene Wirtschaftsregierung sorgt dafür, dass die nationalen Politiken koordiniert werden. Die Deutschen etwa werden angehalten, mehr für den Binnenkonsum zu tun, die Spanier aufgefordert, ihre Konkurrenzfähigkeit zu verbessern. Euroland wächst wirtschaftlich zusammen und gewinnt an globaler Wettbewerbsfähigkeit.

#### Was spricht dafür?

► Mit dem Kohäsionsfonds besteht innerhalb der EU bereits eine Art Transferunion. In diesen Fonds, der auch von der Schweiz alimentiert wird, zahlen die Deutschen derzeit rund acht Milliarden Euro jährlich, während Staaten wie Griechenland Geld aus dem Topf erhalten. Der Kohäsionsfonds ist jedoch sehr einseitig auf Landwirtschaft ausgerichtet.

#### Was spricht dagegen?

► Die Idee einer Transferunion ist extrem unpopulär. In Deutschland beispielsweise würde ein Solidaritätsbeitrag für verschuldete Euro-Staaten zu unkalkulierbaren politischen Reaktionen führen.

► Selbst eine starke Wirtschaftsregierung wäre nicht in der Lage, die sehr unterschiedlichen nationalen Volkswirtschaften unter einen Hut zu bringen.

### 3. Szenario: Euroland zerfällt

**Das Szenario:** Ein oder mehrere Defizitsünder verlassen Euroland – entweder freiwillig oder durch Ausschluss. Beides ist im Vertrag von Maastricht nicht vorgesehen, aber die Macht des Faktischen ist stärker. Oder: Deutschland will nicht mehr länger der Zahlmeister Europas sein und kehrt zu D-Mark und Bundesbank zurück. Mitteleuropäische Staaten wie Belgien oder Österreich würden ihre Währungen wieder an die D-Mark binden und de facto einen «Nord-Euro» gründen.

#### Was spricht dafür?

► Ein Ausschluss aus Euroland würde einem Defizitsünder erlauben, die wieder eingeführte Landeswährung drastisch abzuwerten und die Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen.

► Ein Ausscheiden würde Deutschland mehr Spielraum bei der Geldpolitik geben.

#### Was spricht dagegen?

► Bei einem Ausschluss, zum Beispiel Griechenlands, würden dessen Schulden weiterhin in Euro bewertet werden. Gut möglich, dass es den Schuldendienst einstellen müsste.

► Deutschland ist wirtschaftlich gesehen der grösste Gewinner von Euroland. Deshalb wird Berlin alles daransetzen, dass die Euro-Krise bewältigt wird. Zudem würde ein Zerfall des Euros eine sofortige und massive Aufwertung der wieder eingeführten D-Mark zur Folge haben. Das würde das Exportland Deutschland empfindlich treffen.

## Die Staaten in der Krise: Massive Sparpakete



### IRLAND

Arbeitslosenquote	14,1%
Staatsverschuldung*	65,5%
Haushaltsdefizit*	14,4%
BIP-Wachstum 2011**	1,5%

**MASSNAHMEN:** Arbeitslosen- u. Kindergeld werden gekürzt, 25 000 öff. Stellen gestrichen. Gesenkt wird auch der staatliche Mindestlohn. Einführung einer neuen Eigentumssteuer, Erhöhung der Studiengebühren.

**PROGNOSE:** Irland drohen bittere Jahre mit schrumpfender Wirtschaftsleistung und steigender Arbeitslosigkeit.



### PORTUGAL

Arbeitslosenquote	10,6%
Staatsverschuldung*	76,1%
Haushaltsdefizit*	9,3%
BIP-Wachstum 2011**	-0,2%

**MASSNAHMEN:** Gehälter im öff. Dienst werden gekürzt, die Mehrwertsteuer wird erhöht, Pendlerzuschlag und Familiengeld werden gestrichen, Renten sollen eingefroren werden.

**PROGNOSE:** Portugal wird ein chronischer Patient mit minimalem Wirtschaftswachstum bleiben.



### SPANIEN

Arbeitslosenquote	20,8%
Staatsverschuldung*	53,2%
Haushaltsdefizit*	11,1%
BIP-Wachstum 2011**	0,9%

**MASSNAHMEN:** Beamtenlöhne werden um 5% gekürzt, Renten eingefroren, Infrastrukturprojekte (v. a. Strassenbau) zurückgestellt. Die Steuern für Besserverdienende sollen erhöht werden.

**PROGNOSE:** Falls keine bösen Überraschungen bei den Sparkassen auftauchen, kann sich Spanien durchwursteln.



### GRIECHENLAND

Arbeitslosenquote	12,2%
Staatsverschuldung*	126,8%
Haushaltsdefizit*	15,4%
BIP-Wachstum 2011**	-2,7%

**MASSNAHMEN:** Gehälter im öff. Dienst wurden um bis zu 60% gekürzt, die Mehrwertsteuer wurde zweimal erhöht. 2011 sollen u. a. Aktien von Staatsbetrieben verkauft werden.

**PROGNOSE:** Griechenland wird spätestens in zwei Jahren umschulden müssen. Sonst droht der Staatsbankrott.

\* IN PROZENT DES BIP (2009); \*\* PROGNOSE OECD; QUELLEN: EUROSTAT, OECD

ANZEIGE

## ZETT MEYER

UHREN & SCHMUCK

Bahnhofstrasse 37 8001 Zürich  
T 043 521 14 54 F 043 521 14 59  
Badenstrasse 16-18 8004 Zürich  
T 043 521 14 14 F 043 521 14 49  
Glatzstrasse 8301 Wallisellen  
T 043 521 14 64 F 043 521 14 69